



hatte. Im Clove war kein Reichthum ausgeg. und Wähler II. sprach lieber so frei wie er es seit der Zeit gewohnt ist. Seine Rede bringt viele politische Sentenzen, sie zeigt aber, daß er verstanden zu sein liebt, und nun auch wieder an seitlichen Anreden bei freier Rede Gelegenheiten findet. Die Rede entspricht in Stil und Inhalt ganz den früheren Kundgebungen; jedes Wort ist ein echter Wilhelm II.

Rebner berief sich in die Geschichte seiner Vorbereitungen und feierte insbesondere den Sturz des Johann Siegmund, der im Jahre 1609 noch dem höchsten geistlichen letzten Hergang von Jülich-Cleve dessen Erbschaft angetrieben und gegen seine höchsten Widerstande erfolgreich behauptet hatte. Für diese Thatfache liefert nun Wilhelm II. in seiner bekannten Weise die folgende geschichtliche Erklärung:

„Woher er die Kraft dazu schöpft, das befagt kein Cäsarsollen-Verständnis: „Ich bin meines lieben Gottes Diener und Statthalter.“

Der Kaiserin Johann Siegmund war, wie man wissen muß, Galmind, das als solcher der katolischen Einwohnerchaft des Landes, das er als Erbschaft übernahm, weil er eine Niide des letzten Vorgangs zur Frau hatte, gerade nicht so angenehm. Das Wort vom „Statthalter Gottes“ lang ihnen sehr unfreundlich in den Ohren, denn sie waren gewohnt, den Kaiser und nicht den Landesherren als Statthalter Gottes zu betrachten. Vielen geschichtlichen Zusammenhängen scheint Wilhelm II. überlegen zu haben, denn es war ganz gewiß nicht seine Absicht, gegen die katolischen ein Kriegswort zu sprechen. Auch das dürfte ihn entgegen sein, daß seine Vorbereitungen zur Festigung in Cleve-Jülich viel weniger ihres frommen Jureficht als der Unterthigung Frankreichs bedienten.

Der Rebner gab zum Schluß seiner Jureficht Ausdruck, daß die treuen Söhne des Niederrhein Seite an Seite mit den übrigen Bundesmitgliedern fest zusammenstehen werden, wenn es gilt, Vaterland, Thron und Altar zu schützen. Man sieht daraus, daß Wilhelm in seiner Sorge um Thron und Altar nicht erlahmt; so ähnlich hat man es früher auch immer gehört.

#### Aus dem Rande der Hofgänger.

Aus Stuttgart wird gemeldet: Die Abgeordnetenkammer beschloß am Montag mit 53 gegen 13 Stimmen der Sozialdemokratie und des Abg. Wegl. (Vollsp.), sich mit der in Aussicht genommenen Erhöhung des Tarifs der 4. Wagenklasse von zwei auf 23 Pf. für das Kilometer einverstanden zu erklären. Die Erhöhung tritt am 1. Dezember in Kraft.

In der Zeit der neuen Steuererschöpfung und der allgemeinen Wirtschaftskrise ein ungeheurer harter Stück! Man peinigt wiederum die Arbeiterinnen. Könnte man dies Thema nicht einmal bei den Tafelfreuden besprechen?

#### Für die Offiziere sorgt man!

Im Kriegsministerium beschäftigt man sich zurzeit mit der Frage der Aufhebung der Offiziere des Wehrdienststandes, die nach den geltenden Bestimmungen noch die alten Stüge beziehen. Es besteht die Ansicht, die Wehreroffiziere, wenn sie zum Dienst eingesetzt sind, in Gehalt mit den aktiven Offizieren gleich zu stellen. Die Schwebigkeit liegt nur darin, daß man nicht weiß, wobei die Mittel genommen werden sollen, um Deckung für die Ausgaben zu finden. Viel vernünftiger wäre es aber, wenn sich das Kriegsministerium mit der Frage beschäftigten würde, wie die Mittel beschafft werden können, um endlich den Soldaten die zu bringende notwendige Aufbesserung gut zu lassen.

#### Ausgewiffen!

Die Empörung über die Steuerbewilligung ist im Wachsen. Der Reichstagsabg. Hilpert (Bauernbund), seines Zeichens privatirender Metzgermeister — die Wünderner Post nennt ihn „Schweinwürger a. D.“ — erstattete am Sonntag in Reusfeld a. d. Aisch vor seinen Wählern, Kleinbürgern und kleinen Bauern, Bericht über seine Thätigkeit im Reichstage. Es kam zu stürmischen Szenen, als Hilpert die neuen indirekten Steuern als „im Interesse des Vaterlandes gelegen“ zu verteidigen suchte. Die aufs höchste erregten Bauern und Bürger ließen ihren Abgeordneten schließlich überhaupt nicht mehr reden und verlangten ununterbrochen: Niederlegung des Mandats.

In größter Erregung löste sich die Versammlung auf. Ein der Volkstretter dann unter der Obhut der Gen.

darment die Wahl verließ, wurde er auf dem Wege zum Bahnhof von der gesamten Bürgerchaft ausgelacht, demüthigt, verpöthet und ausgepfiffen.

#### Was will der Hausbund?

Als der Schnapslohl sagte, wurde der Hausbund gegründet. So eilig ging diese Gründung gewandter Mitglieder vor sich, daß sie sich nicht einmal Zeit liehen, einen Prospekt — wollte sagen: ein Programm bekannt zu geben. Nachdem nun der Hausbund seine Tausende von Mitgliedern, vom Arbeiterkomitee bis zum Wandirektor, zusammengebracht hat, wird, um einen längeren gefälligen Bericht abzugeben, vom Bundespräsidenten, Geheimrat D. Hieser, so etwas wie ein Programm veröffentlicht. Es lautet:

1. Dem Hausbund liegt, wie dies im § 1 seiner Satzungen mit klaren Worten und beutigt zum Ausdruck gebracht ist, ausschließlich die Vertretung der gemeinsamen Interessen von Deutschlands Gewerke, Handel und Industrie ob, und er hat diese gemeinsamen Interessen gegen alle Angriffe und Schädigungen zu schützen;

2. er hat ferner durch positive Maßregeln oder durch Vorführung oder Unterthigung solcher positiver Maßnahmen die gemeinsamen Interessen zu fördern;

3. er soll endlich versuchen, die verschiedenen im Bunde vereinigten Richtungen und Erwerbsgruppen einander anzunähern;

4. der Hausbund wird, sowohl in seinen Worten wie in seinen Thaten, ohne jedes Schwanken und Bebenken den Grundsatz hochhalten, daß er auf nationaler Grundlage steht, und er wird, insofern der Bund der Landwirte zu seinem Schaden wiederholt geneigt hat, die großen nationalen Fragen, insbesondere die Landwirtschaft, die Macht und das Ansehen des Vaterlandes, allen einseitigen Beruffnissen und gewerblichen Sonderinteressen vorzuzustellen.

Mit andern Worten: der Hausbund wird für Militarismus, Nationalismus und sonstige „nationale“ Zwecke unmöglich noch eifriger das Ged des B. O. S. opfern als die Junter, nur will er versuchen, die Sache so zu fügen, daß von der Seite ein erklediger Teil den im Bunde vereinigten Erwerbsgruppen zufällt, und daß nicht die Junter mit allem über den Deich gehen. Zahlen lassen wollen die Genannten, gerade wie die Junter, die a. d. n. b. die Masse des Volkes.

#### Deutsches Reich.

Die Kündigung des deutsch-amerikanischen Handelsabkommens. Der amerikanische Volkshalter in Berlin hat dem Auswärtigen Amt eine Note übermittleit, durch welche das deutsch-amerikanische Handelsabkommen vom 22. April (3. Mai) 1907 zum 7. Februar 1910 gekündigt wird. Ob bei dem Inkrafttreten des deutschen Zolltarifs mit seinen ungeheuerlichen Agrarzöllen ein weiteres Inkrafttreten mit dem darüber empöten Amerika zustande kommt, ist sehr unklar.

Kanzlerbesuch. Im Laufe der vorigen Woche trat in der konservativen Presse der Wunsch hervor, die Regierung möge „die liberalen Steuererhö“ entgegenreten. Flug veröffentlichte die Nordd. Allg. Zeitung einen Artikel, in dem vor weiterer Anrufung des Reichstags, „was nicht durchs gerichtete Parteipolitik“ eindringlich gewarnt wurde. „Der Reichstheil von der nachstehenden Beratung unter den bürgerlichen Parteien werde nur die Sozialdemokratie haben. Das war fast wörtlich aus der Kreuzzeitung abgeschrieben, genügt dieser aber nicht, denn sie bemerkt jetzt mit strenger Miene zu dem offiziellen Ertrag:

Die große Miße dieser Zurückweisung der Steuererhö erklärt sich einfach genug daraus, daß die Abschaffung der Regierung unter ausgeprägten nationalliberalen Leitung steht, wie ja während des Kampfes um die Reichsfinanzreform deutlich genug geworden ist.

Herr v. Bethmann muß also seiner nationalliberalen Presseabteilung den Auftrag geben, noch etwas konservativer zu schreiben. Man darf neugierig sein, was eine Lieberzeugung nun das Kanzlerblatt am nächsten Sonnabend haben wird.

Die Gebühr für den „Reinsetzer!“ ist wieder herabgesetzt worden. Wir berichten vor einiger Zeit, daß die Regierung zu Stettin verfügt hat, daß von den Jogen. Weerenfirmen für die Erteilung des Erlaubniszeichens eine Gebühr von 3.06 M. zu zahlen sei, anstatt wie bisher der Betrag von 10 Pf.

Jetzt kommt aus Stettin die Nachricht, daß jene Verfügung aufgehoben und die Rückzahlung der Differenz von 2.96 M. an die armen Leute angeordnet worden sei. Diese Maßnahme ist offenbar dem einmütigen Bescheide der Kreise zu verdanken. Die Regierung gibt dies natürlich nicht zu, sondern begründet die Zurückziehung der Verfügung damit, die Betroffenen hätten bei eifertliche Anbahnung lediglich der Befreiung der Kreisbesörden zu danken.

Eine Abschaffung des Schwäfers. Der Abg. Cz.berger wird von dem Zentrumsblatt Offener Volksgesetz wegen seines „Interessens“ über den Überwogenen Raubmord (sogar angegriffen). Das Blatt schließt seine Betrachtungen mit folgender Bemerkung: „Mit Bezug auf andere wenig angeführte Beispiele möchte ich feststellen, daß Herr Cz.berger Herr Cz.berger ist und weiter nichts. Eine offizielle Vertretung der Fraktion ist dem Abg. Cz.berger nicht übertragen worden, manche seiner schriftstellerischen Leistungen sind von maßgebenden Mitgliedern der Fraktion verteuert worden, insbesondere auch die jüngste, im Verlage der Germania erschienene Broschüre über die Stellung des Zentrums zur Reichsfinanzreform.“

Das Schredenbild des Zentrums ist an solche Mittel bereits gewöhnt; sie helfen nicht mehr.

Die üblichen sommerlichen Dynamitmeldungen. Aus Hamburg wird berichtet: Hier wurden vier russische Anarchisten verhaftet, bei denen man eine Anzahl Dynamitpatronen fand. Der gemeldete Dynamitfund auf der Kronsburgerbrücke hat eine harmlose Aufklärung gefunden. Ein anarchistisches Komplott kommt nicht in Frage; vielmehr hatten streifende schwebische Vergleute das Dynamit nach Hamburg mitgebracht.

#### Frankreich.

##### Vogelfrei!

Aus Paris schreibt man: Der französische Staatsrat als oberstes Verwaltungsgesicht hatte in dem Kampfe der Postler gegen die staatliche Willkürherrschafft das letzte Wort zu sprechen. Die bürgerlichen Politiker hatten den Postlern insbesondere vorgeworfen, daß sie nicht nötig gehabt hätten, in Streik zu treten, weil ihnen ein höherer gesetzlicher Schutz zur Seite liege. Die Postler wollten einmal die Probe aus Beispiel machen und appellierten gegen ihre Maßregelung an den Staatsrat. In der Tat mußte bei disziplinären Maßregeln auf Grund des Gesetzes vom 22. April 1906, daß auf Antrag eines Genossen Semblé zustande kam, den Beamten Einsicht in ihre persönlichen Akten gegeben werden. Das ist bei etwa 800 Postlern, die anlässlich des zweiten Poststreiks gemäßigter wurden, nicht geschehen. Gegen diese Gesetzesverletzung appellierten die Postler an den Staatsrat. Man konnte gespannt sein, wie der sich aus der kläglichsten Frage herauswinden würde, da das betreffende Gesetz keinerlei Ausnahmen zuläßt. Natürlich ist die Berufung der Postler verworfen worden. Die Begründung, mit der dies geschah, ist jedoch so unerwartet einfach, daß wir sie in ihrem wesentlichen Teile hier wiedergeben.

Grundhaft heißt es im Urteil, daß der Streik sich wohl „sozialerweitere ereignen kann“, wenn es sich um Arbeiter der Privatindustrie handelt, daß er aber ein „ungesetzlicher Akt“ ist, wenn es sich um Beamte handelt, „selbst wenn er durch die Anwendung des Gesetzes nicht unterdrückt werden kann“. — Also ungesetzlich, obwohl gesetzlich, nennlich nicht ungesetzlich! — Dann heißt es weiter, daß ein Beamter durch die Annahme seines Amtes „sich allen Verpflichtungen unterworfen hat, die sich aus dem Rollenbegriffe des öffentlichen Dienstes ergeben“, und daher zum Entgegnen „auf alle Weisungen berechtigt ist, die mit der notwendigen Durchführung des nationalen Lebens unvereinbar sind“. Also einerseits vollständige Unterwerfung, andererseits völliger Widerstand auf alle Weisungen. Wenn die Beamten mit dieser Definition ihres höheren gesetzlichen Schutzes nicht zufrieden sind, sind sie wirklich schwer zu befriedigen. Doch das Schöne kommt noch. Durch den Streik haben die Beamten nicht nur einen „individuellen Fehler“ begangen, sagt der Staatsrat, sie haben sich damit „außerhalb der Anwendung der Gesetze und Reglements gestellt, verstoßt zu dem Zwecke, die Ausübung der aus dem Staatsrat des öffentlichen Rechts, das sie in die Verwaltung bindet, zu fügen“. Also vogelfrei! Jeder Raubmörder genießt in den kapitalistischen Kulturstaaten den Schutz der Gesetze. Sind die bei der Urteilsvollstreckung auch nur formell verlegt worden, verfällt das Urteil der Richtigkeitsklärung. Anders streifende Beamte. Für die gibt es kein

## Kleines Feuilleton.

### Bornehme Schwämmchen!

„Il faut comme la charogne!“ („Er stinkt wie ein Aas!“) Das sagte die Geklebte eines sehr vornehmen Herrn von diesem, und sie meinte nicht etwa ausnahmsweise einmal, sondern sie sagte, das er gerade in diesem Augenblicke ausstiehe. Und dieser vornehme Herr war — der König Heinrich IV. von Frankreich (1589 bis 1610). Und sein Nachfolger, Ludwig XIII., vertrat keine angenehmeren persönlichen Verhältnisse, wie er freilich lange nicht so abscheulich war als der politisch-moralische, womit er sein Land verpestete. Und sogar der „Sonnenkönig“, Ludwig XIV., strömte oft einen die Pfaffen seiner Umgebung und besonders der Schwämme, mit denen er sich amüsierte, selbstigen Beraus aus. Der selbe „große“ König, vor dem ganz Europa zitterte, der Diktator des Geschmackes in Kunst und Literatur, mußte sich gefallen lassen, daß sein Schlaf oft von kleinen blutigen Insekten gestört wurde.

Kein Wunder, die Wasserlöcher, nicht im Trinken, sondern im Waschen und Baden — Wasser galt nämlich als gesundheitsförderlich — war bis in die höchsten Kreise verbreitet. Die „gute alte Zeit“ der Pilloolen, Brandt und Ölgang, der Renaissance und des Barock, war die schmutzigste aller Zeiten, schmutziger als selbst das vorangehende Mittelalter. Der selbe „Sonnenkönig“ pflegte sich des Tags ein einziges Mal zu waschen, aber nicht mit Wasser; ein Kammerdiener traußelte ihm des Morgens aus goldener Schale ein wenig Spiritus auf die Hände, feigte ihm mit dem Kammerdiener Paar und die Toilette war für den ganzen Tag erledigt. Ob auch er in seinem Hofstaub, bislang langwieriger verwehrt wird, in unerer Quelle nicht angegeben, wohl aber, daß die vornehmen Herrschaften aus diesem Grunde mit den Hüften auf den Köpfen zu Lüge saßen! Die noblen Damen machten Punkte Reinlichkeit ihre Ausnahme. Die reizende Margarete von Navarra prunkte einmal mit ihrem schönen Händchen und bemerkte naiv: „Dabei habe ich die acht Tage nicht gewaschen.“

Das Versailleschloß, das gezeichnete Vorbild von Pracht und Herrlichkeit, enthielt noch unter Ludwig XVI. also Ende des 18. Jahrhunderts, nicht mehr als einen einzigen Wört, zum ausschließlichen Gebrauch des Königspaares. Andere Schloßer ererbten auch dieses Unikum, und ein solcher Zustand überdauerte sogar das Kaiserthum und wurde unter der Restauration bis in die jüngeren Jahre des 19. Jahrhunderts festgehalten. Ob es bei diesem Personal, das jeden Morgen aus Hunderten von Schloßkammern die „atmosphärischen“ chaoses percoses (Nachtluft) abnahm; welsch liebliche Düfte damit auf allen Wänden dieser königlichen Pfosten in den Morgenstunden verbreitet wurden! Und doch rief eine alte legitimierte

Marquise unter der Restauration Ludwigs XVIII. aus: „Dieser Duft erinnert mich an eine schöne Zeit!“

Unser Quelle ist das Sammelwerk des gelehrten Alfred Francklin über die Sitten und Gebräuche und das ganze gesellschaftliche Leben früherer Zeiten, das nicht weniger als 77 Bände umfaßt, und woraus der Autor kürzlich das schätzbarste und höchst zuverlässige Material in zwei Bänden (Paris, Emile Paul) veröffentlicht hat, deren jedes Bittmann in der Wiener R. P. B. das Interessententum.

Frankreich machte übrigens im Kultus der Unreinlichkeit keine Ausnahme. Sogar sollen nach dem englischen Dichter Young die Franzosen immer noch reinlicher in Bezug auf ihren Körper gewesen sein als die Engländer. Und wie es vollends in anderen Ländern, besteht in Deutschland, auslich kann man sich denken; die Spuren begegnen und ja noch jetzt vielfach auf dem Lande. Die von Zeit zu Zeit grassierenden Seuchen sind zweifellos von der herzerlösenden Schmutzerzeugung oder doch begünstigt worden.

Die Fremde war daran nicht unbeteiligt. Durch die Verwägung hat die Genachene Heiligen Babens aus dem Orient nach Europa gekommen, allenthalben entzündend Waden stuben, meistens für Dampfbad. Da aber Wärmelien und Weibchen häufig Unruh trieben, legte sich die Kirche ins Mittel, wies aber weit über's Ziel hinaus, verpönte das Baden überhaupt als unnützlich, so daß bald die Unsauberkeit als prämierte Lebensweise galt, und die „Reinsetzer“ herbeigeholt wurden: „Ne schmutziger, desto götterglücklicher!“ In dem hantieren B. M. gellin Scabella, Tochter des berühmten Philosophen II. im Jahre 1801 das fromme Gelübde abgelegt, so lange ihr Gem nicht zu waschen, bis ihr Gatte, der Erzbischof Albertus von Oesterreich, Ostende erobert haben werde. Da sich nun die Belagerung bis 1804 hingog, bekam das Gemb-jung schmutzigste Farbe, die eben daher an Personen „stinkend“ heißt.

### Welterbessere Lolloi als Familienmitglied.

Dieser Tage ging durch die russische Presse eine Nachricht, die einen neuen Strich zu dem Charakterbilde Leo Lollois fügt. Die Stadterhaltung von Petersburg hat die läbliche Absicht, für die Schüler der höchsten Schulen eine Auswahl der besten vorliegenden Werke des „großen Dichters der russischen Literatur“ zu beschaffen, das am so loblicher ist, als es von der vielberufenen Petersburger Stadterhaltung ausgeht. Wenigstens der Zweck der beschriebenen Ausgabe den von Lolloi verlinkten Grundrissen durchaus entspricht, so wehrte sich doch die Gräfin Sofia Andrejevna Lollaja geb. Werz gegen die Absicht der Stadterhaltung, indem sie ausübte, daß die Veranlassung dieser Ausgabe den Erlös aus dem Verkauf der Werke ihres Gatten schmälere. Nach diesen rein geschäftlichen Ausführungen bemerkt die Gräfin wörtlich: „Was speziell die Verteilung der Werke Lollois an die Petersburger Schüler betrifft, so ist das Rew Nikolajewitsch vollständig gleichgültig, da seine Sympathien den Dürftigen und nicht den städtischen

Kindern gehören.“ Mit dieser letzteren Bemerkung stellt die Gräfin ihrem Gatten ein Zeugnis aus, das keineswegs schmückend ist. Nach dem Bescheid der Gräfin wachte sich das Stadamt von Petersburg unmittelbar an den Grafen Lolloi, mit dem Erbitten, ein zu bestimmendes Honorar zu erlegen. Auf diesen Brief an den Grafen erfolgte wiederum eine abschließende Antwort; von der Gräfin, in die sie nochmals betont, daß Veranzahlung einer Schülerausgabe die Interessen ihrer Familie verlege.

Lolloi hat als Person auf den Ertrag seiner Werke, der ihm nach bürgerlicher Auffassung ja durchaus zusteht, verzichtet. Da er aber ein Vermögen auf seine Familie übertragen hat, so beanprucht diese das Verlagsrecht. Man sieht daraus, daß die individuelle Gesellschaftsform ein Ding der Unmöglichkeit ist, bei Lolloi mit einer Lieberzeugung ebenso an seiner Familie scheitert, in deren Schoß er verblieben ist. Und in der Tat ist der Konflikt zwischen Lolloi als individuellem Menschen und Lolloi als Familienmitglied außer groß, um nicht zu befremden. Hühnlich weisen reaktionäre russische Blätter auf den Widerspruch hin: Lolloi predigt die größte, an Selbstverleugung grenzende Selbstlosigkeit; geht beruflich unter und hilft sich in häusliche Gebärden. Die Welt bekann den Philosophen von Sabana Poljana, und die Welt seiner Anhänger in Region. Währenddessen entwickelt die Gräfin ihren gegenwärtigen. Wie betreibt die der Nation zur Verfügung gestellten Werke ihres Gatten. Man weiß, daß die Bauern von Sabana Poljana für die russische Literatur die wichtigsten Mitarbeiter waren, daß die Gräfin in jeder Weise geschäftlich werden, und daß diese Bauern zu den ärmsten und unwissendsten des Gouvernements gehören. Die Menschenliebe des Grafen Lolloi, die über den ganzen Erdball nachdem frohlich, erreicht feine Bauern nicht — sie fliehen in Dunkel und Armut.

Der Sozialist wird in diesem Falle auch nur die ihm längst um Vorwissen genommene Ladung bestift finden, daß alle weltberühmten Aeden unfruchtbar bleiben müssen, wenn sie nicht von einer ganzen Klasse getragen und im Kampfe in eine durch die Entwidlung der Produktionskräfte ermöglichte Wirklichkeit überführt werden.

### Humor und Satire.

Der „Fadellus“. Herr Professor F. kommt sehr spät von einem Kommerz nach Hause. Da er den Hausknecht einzuwenden begreifen hat, muß er seine Gattin aus dem Schlafe klingen. Sie wirft ihm den Schlüssel auf die Straße hinab und erwartet ihren Gatten. Da er wenig nicht kommt, schaut sie nochmals zum Fenster hinaus. Da ist ihr Mann vor der Thür des gegenüberliegenden Hauses sitzen und nach der brennenden Gaslaternen fliehen, die sich an ihrem Gese befindet. Sie fragt ihn: „Ja, warum kommst Du denn doch zu spät?“ — „Ich will erst warten, bis der Fadellus vorüber ist.“

**Cesek.** Die haben sich selbst außerhalb des Gesetzes gestellt. Dabin bringt die Verletzung der kapitalistischen Interessen die juristische Seite, und der der Staatsrat zusammengesetzt ist. Der Staatsrat gibt sich nicht erst die vergebliche Mühe sein Urteil auf irgendeinen Gesetzesparagrafen zu stützen. Er erklärt einfach: Tel est notre bon plaisir. Wie machen das so, Gesetz hin, Gesetz her. Die Macht entscheidet. Es liegt also an den Beamten, die Macht auf ihre Seite zu bringen. Denn was es dem Gesetzesbuch auf sich hat, sieht man. Er zitiert nicht.

### Spanien.

Der einen neuen Zustand?

Die spanische Regierung, die mit bekannter Grausamkeit die revolutionäre Bewegung blutig unterdrückt hat, lieh mit geschäftiger Eile in konzentrierten Depeschen aller Welt verkünden, daß die Bewegung eine „anarchistische Wut“ gewesen, und die Ruhe wieder hergestellt sei. Es ist längst erwiesen, daß das reine Schwindeln ist. In einem Telegramm, welches das B. Z. von seinem Madrider Korrespondenten erhält, wird der ganze Regierungsstimmwandel noch offener. Der Korrespondent meldet:

Im ganzen Lande ist gegenwärtig eine Agitation im Gange, wonach, falls neue ungünstige Nachrichten aus Mexiko eingeht, noch in dieser Woche ein neuer Generalstreik in Szene gesetzt werden soll. Die Erregung der Massen ist noch immer außerordentlich groß; man glaubt indes nicht, daß es zu neuen ernstlichen Unruhen kommt, falls nicht neue Truppenabteilungen nach Mexiko entsandt werden, falls man noch schlimmere Anzeichen der Volkseifersucht erleben wird als bisher. Auf einer Kundgebung durch die am meisten in Frage kommenden Gegenden habe ich mich überzeugt, daß die politische Lage für das jetzige Regime eine äußerst unangünstige und die Nation fast überall gegen die Monarchie aufs Höchste erstickt ist. Die Massen sind ganz von dem Gedanken durchdrungen, daß die Regierung kein Recht habe, sie in einen Krieg zu schleppen, der nur für die Interessen reicher Kapitalistengruppen geführt werde, und sie wird von dem Gefühl beherrscht, daß der jetzige Feldzug einen ebenso unbilligen Ausgang nehmen werde, wie der Krieg in Cuba. Und in Hand damit geht die wachsende Empörung gegen den mit dem reaktionären Kabinett Maura verbundenen Marsch. Sehr leicht kommt es vor, daß die Darstellung der Regierung, daß die Unruhen lediglich anarchischer Natur seien, unannehmlich ist. Die Unzufriedenheit ist in allen Klassen, auch in den Kreisen, die mit den Anarchisten gar keine Berührung haben, ungeheurer. Die offiziellen Demos, nach denen jetzt überall wieder Ruhe herrscht, sind mit Mißtrauen aufzunehmen. Eine neue ernste Volksbewegung ist keineswegs ausgeschlossen, und wenn auch nach der allgemeinen begründeten Ansicht die Sache der Reaktion auf keinen Erfolg zu rechnen hat, so sind die Chancen der Republikaner um so gewaltiger gestiegen.

Nach russischem Muster.

San Sebastian, 9. August. Die Militärbehörde in Barcelona suspendierte fünf zehntausend Mann.

### Rußland.

Die beiden Lundenhunde.

Den Sicherheitsbehörden für den Zaren während seiner Besuche in Gorkum und Gams hat, wie dem B. Z. aus Petersburg gemeldet wird, kein anderer als der inquisitorische wiesensche Staatsrat kaiserliche Ehrliebe angetragen, der in wenigen Tagen nach Petersburg zurückkehren und sich ablassen entschließen, ob er seine Pension in Rußland oder im Ausland beziehen wird. — Wie's mit den Verprechungen der französischen Regierung bestellt sei, geht daraus hervor, daß die Ernennung eines neuen russischen Geheimagenten für Paris an Stelle Sorlings beabsichtigt. Ein früherer russischer Offizier ist für diese Posten bereits ausgesucht, die französische Regierung hat ihre Zustimmung gegeben. Es bleibt somit alles beim Alten.

Herr Briand ist also doch nicht umsonst „sozialistischer“ Ministerpräsident!

### Türkei.

Die griechisch-türkische Spannung.

Konstantinopel, 9. August. Die Kriegsgefahr ist infolge der türkischen Note, in der Griechenland zu dauerndem Verzicht auf Kreta aufgefordert wurde, abgeklungen. Die Türkei legt wieder ihre Forderungen nach Kreta und die griechische Regierung nach Smyrna ab, wo die türkische Flotte den Befehl zur Abfahrt nach Kreta erwartet.

Die Intervention der Mächte.

Athen, 9. August. Die Hiesigen Gesandten der kritischen Schlußakte beauftragt, gefahren nach Athen, um den Premierminister Rallis. Die Antwort Griechenlands auf das türkische Ultimatum, deren Weitergabe gefahren beabsichtigt war, ist wegen der Intervention der Mächte auf 2-3 Tage verschoben worden. Aus Kreta wird lebhafteste Erregung gemeldet. Ein großer Teil des Volks will der Eingliederung der griechischen Halbinsel in den Biederhand entgegenstehen. Der Zusammenritt der von der kritischen Regierung einberufenen Notablenversammlung steht in den nächsten Tagen bevor. Die Oppositionellen verlangen eine eigene Notablenversammlung einzuberufen.

Berlin, 9. August. Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt offiziös: Obgleich Deutschland an der kritischen Frage nicht unmittelbar interessiert ist, vielmehr die Zuständigkeit der Schlußakte für Regelung der Angelegenheit anerkennt, hat die kaiserliche Regierung doch im allgemeinen Friedensinteresse wie bisher so auch jetzt in Konstantinopel und ebenso auch in Athen freundlich zur Mäßigung geraten.

Wien, 9. August. Das offiziöse Fremdenblatt meldet folgendes: Auf Ansuchen der griechischen Regierung hat der L. I. Hofrat in Konstantinopel im Auftrage der österreichisch-ungarischen Regierung den der Rote in Sinne der Erhaltung des Friedens interveniert und bei diesem Anlaß auf die Gesandten hingewiesen, welche Irregularitäten zwischen dem osmanischen Reiche und Griechenland herbeiführen würden.

Ein politischer Witz.

Konstantinopel, 9. August. Der Chefsekretär des jugoslawischen Botschafts Generali Gatin, Kistim Del, wird seit fünf Tagen vermisst. Alle Nachrichten nach ihm er aus politischen Gründen erwidert worden. Der Verdacht richtet sich gegen die Herrschaft Partei.

### Aus der Partei.

Der Wochenbeitrag von 10 Pfennig.

Der sozialdemokratische Verein Stuttgart beschloß in seiner Generalversammlung den Mitgliederbeitrag, der bisher monatlich 30 Pf. betrug, auf 10 Pf. pro Woche festzusetzen, um dadurch die Einnahmen des Vereins zu erhöhen. Die Erfahrungen, die damit überall gemacht wurden (siehe auch Sachfragen), sind die besten. Das zeigte u. a. auch die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Neuchâtel, die am 8. August in Gera tagte. Sie gab ein erfreuliches Bild von der Entwicklung der Partei. Die Mitgliederzahl ist — trotz einer eingetragenen Beitragserhöhung — von 3500 auf 4000 gestiegen. Einnahmen und Ausgaben betrugen sich auf 16 500 M. Seit dem 1. Juli d. J. ist ein Geschäftsführer für den Verein ange stellt worden. Auch die Zahl der Abonnenten des Parteiblattes hat sich trotz der Krise etwas erhöht.

Der vierte sächsische Reichstagswahlkreis Dresden-Kreisstadt konnte in seiner letzten Generalversammlung ebenfalls einen Mitgliederzuwachs von 565 Genossen feststellen. Die Mitgliederzahl betrug einschließlich 788 weiblichen 8069 gegen 7494 im Vorjahre. Die Abnennzahlen ist leider von 10 622 auf 10 381 zurückgegangen. Die Kreisbibliothek umfaßt 5140 Bände. An Einnahmen waren zu verzeichnen einschließlich eines größeren Kassenbestandes 51 663 M., an Ausgaben 39 616 M., einschließlich 4000 M., die an den Parteivorstand abgeliefert wurden. — In der General-Versammlung wurde beschlossen, daß die Parteigenossen, die sich ge weigert haben, den Tagesverdienst vom 1. Mai abzugeben, bis auf weiteres Ehrenämter in der Partei nicht mehr bekleiden dürfen. Demen, die den örtlichen Geschäftsleitern den Betrag an eine gemeinliche Kasse zu zahlen, nicht nachgekommen sind, wird die schärfste Mißbilligung ausgesprochen.

Die Abstimmung.

Die Abstimmung findet in der Partei immer mehr Eingang. Schon gibt es eine Anzahl Kreise, die die Wahl der Delegierten, die Aufstellung des Reichstagsmandatens und andere Parteifragen durch Abstimmung regeln. Die Möglichkeit, große und entscheidende Parteifragen auch in der gesamten Partei einer Abstimmung zu unterziehen, wird ebenfalls von einigen Kreisen beim Parteitag in Leipzig beantragt. Nächst dem Sozialdemokratischen Verein in Halle folgte nun auch die Wahlkreisvereinbarung des 1. braunschweigischen Kreises, W r a n s h o e i g, den Beschluß, folgenden Antrag an den Parteitag zu stellen:

Dem Parteitag ist der Vorschlag beizufügen: Die Wahl der Delegierten zum Parteitag erfolgt durch Abstimmung und auf Beschluß des Parteitages oder auf Beschluß des Parteivorstands ist jede Frage des Parteilebens durch Abstimmung zu entscheiden. Auf Antrag von 10 d. B. der organisierten Genossen oder von 10 Kreisorganisationen hat der Parteivorstand die Abstimmung in jeder Parteifrage anzunehmen.

Die 40jährige Gedenkfeier der Gründung der sozialdemokratischen Partei.

Die 40jährige Gedenkfeier der Gründung der sozialdemokratischen Partei fand unter sehr starker Beteiligung, auch vieler auswärtiger Parteigenossen, am Sonntag in Eisenach statt. In überfülltem Saale sprach am Sonnabend Genosse Wandert-Weimar; am Sonntag sprachen die Genossen Post-Golka und Reich-Baß-Erfurt.

Zum ersten Male vertrat die Polizei den Festzug der Genossen nicht. Die Beteiligung an demselben sowie an der überaus gelungenen Gedenkfeier war eine großartige, wie in der Wartburgstadt bisher noch nie.

Regien 1893 und 1900.

Ueber die Schuldigung, die Genosse Legien dem Herrn Comper aus Amerika zuteil werden ließ, haben wir berichtet. Ebenso haben wir über Herrn Comper und seine interessante amerikanische Arbeiterführung, als Notwendige gefügt. Jetzt wird in der Parteipresse folgende bezeichnende Erinnerung aufgeführt:

Als es auf dem Parteitag zu Köln 1893 zu der bekannten Auseinandersetzung über Partei und Gewerkschaften kam, verlas Genosse Legien einen Brief Auer's, in dem Auer in der schärfsten Weise gegen einige Unterredungen der Generalkommission vorging. Es hieß da unter anderem:

Es mag ja für die Wäler der Generalkommission sehr ärgerlich sein, daß der Einfluß dieser Körperlichkeit ein so bescheidener geblieben ist und die hochfliegenden Pläne sich so gar nicht verwirklichen wollen. Aber die deutsche Arbeiterbewegung ist nun einmal kein Geld, auf dem der Weizen der Comper's und Konrater's blüht.

Legien las diesen Brief nur vor, um in Köln stärkster Entrüstung gegen ihn zu provozieren. Er sagte damals: Es liegt kein Anlaß vor, einen solchen Vorwurf zu erheben, als ob die Mitglieder der Generalkommission danach streben, dieselbe Haltung wie Comper's und Konrater's einzunehmen. Diesen schweren Vorwurf müssen wir zurückweisen.

Das war 1893. Herr Comper's ist seitdem derselbe geblieben. Die Willkommensworte Legien's 1900 in Berlin waren nicht dieselben wie in Köln 1893.

Reichstagsmandatens. Im Wahlkreis Darmstadt-Groß-Geraun wurde von der in Weierstadt abgehaltener Reichstagsversammlung Dr. Duffel, Rektor am Darmstädter Volkshaus, als Reichstagsmandat abgewählt.

Im Besonderen des Hg. Que ist eine Verbesserung eingetreten; die Krise ist überstanden. Die Kräfte hoffen, falls kein Rückschlag eintritt, ihn bald wieder heraufzulenken.

### Gewerkschaftliches.

Der Verband der Freireisenden.

Wurde vor 20 Jahren, im August 1889, gegründet. Wenn er es im ersten Jahrzehnt seines Bestehens noch nicht auf 1000, im zweiten Jahrzehnt nicht über 2000 Mitglieder gebracht hat, bei etwa 26 000 beschäftigten Gehilfen, so liegt dies an den im Barbier- und Freireisergewerbe bestehenden eigenartigen Verhältnissen. Die Gehilfen sind mit 23 Jahren schon zu alt, zu teuer, und werden als baldige Konkurrenten gefürchtet. Ihre Gehilfenzeit betrachten sie ohnehin als ein Lebergangs Stadium zur Weierstadt. Die ungünstigen Arbeitsbedingungen veranlassen die Gehilfen, sich so bald als möglich „selbständig“ zu machen. Die Bevorzugung der jüngsten, Billigsten und willigsten unter ihnen gewinnt je dazu. Erst als „Selbständige“ werden die meisten Gehilfen, daß sie vom Regen schützlicher Arbeitsbedingungen unter der Traufe nicht minder mißlicher Existenzbedingungen gekommen sind. Doch dann ist es zur Selbsthilfe durch die Organisation auch schon zu spät. Die Gehilfenzeit währt in der Regel nur fünf Jahre, einschließlich der Militärpflichtzeit. Die Organisation muß also ihren Mitgliederbestand ständig erneuern; ist außerdem zu vergrößern, ist eine recht schwierige und wenig fruchtbare Aufgabe. Die Jugend der Gehilfen, das patriarchalische Arbeits- und Bevormundungssystem, das Trinkgelbes, sowie das ganze Barbierstübchen milieu führen dazu, das Leben von der leichtesten Seite zu nehmen.

Natürlich hat die Organisation auch mit der Gegenwart der Weierverbände zu rechnen, die nichts unversucht lassen, um die Organisation am Aufkommen zu verhindern. Von den 44 000 männlichen und weiblichen Selbständigen, die bei der letzten Berufszählung im Kaiserreich den Beruf ausübten, sind über 25 000 in vier Verbänden vereinigt. Davon zählt der Barbier-Zunungsverband allein etwa 20 000 Mitglieder, die fast über ganz Deutschland verbreitet sind und durch ihre Arbeitsnachweise den Arbeitsmarkt völlig beherrschen. Das die Innungsartweise zugleich als Maßregelungsbehörde für „unbemittelte“ Gehilfen fungieren, daraus macht dieser Bund kein Geht. Im Gegenteil, er rühmt seinen „vorigigen Erkenntnisdienst“, dem außer dem Arbeitsnachweis ein Arbeitsbuch dient, das die Gehilfen führen müssen, um nicht an freiwiliger Arbeit verhindert zu werden.

Die Arbeitslosigkeit im Gewerbe ist ungemein groß. Nach den Angaben des Bundes befinden sich im Sommer vorigen Jahres unter seinen 19 881 Mitgliedern nur 10 416 Gehilfen; 941 waren Lehrlinge. Im Winter werden noch einige Hundert Gehilfen weniger beschäftigt. Sonnabends und Sonntags dürfen die Stellenstellen ausbleiben, doch im Winter können nicht einmal alle zur Ausfüllung gebraucht werden. Viele müssen umstellen und kommen dann als Fabrikarbeiter in Organisationen anderer Berufs. In den Verbänden der Metallarbeiter, Fabrikarbeiter usw. sind mindestens ebenso viele frühere Barbier- und Freireisenden zu finden, wie im Freireisendenverband. In Würdigung aller dieser Umstände hat es der Kölner Gewerkschaftsblock für notwendig erachtet, daß die Mitglieder der Gewerkschaften die sich ihnen als Kunden der Freireisenden bietende Gelegenheit benutzen, um die Gehilfen auf ihre Organisation hinzuweisen, und den Geschäftshabern zu bedeuten, daß sie das Koalitionsrecht auch ihrer Gehilfen zu respektieren haben.

Neu ist es der Organisation noch unmöglich, ohne ständige moralische Unterstützung und Förderung durch die Gewerkschafts- und Parteigenossen vorwärts zu kommen. Mit der Zeit wird diese Unterstützung schon aus dem Grunde wogallen und unmöglich werden, weil die mehr und mehr zunehmende Konkurrenz im Barbiergewerbe die Beschäftigung von Gehilfen in den Arbeitervereinen überflüssig macht.

Die höchsten Lohn- und Arbeitsbedingungen werden dadurch charakterisiert, daß die tarifliche Mindestarbeitszeit höchstens 75 bis 84 1/2 Stunden beträgt und daß erst an fünf Orten die organisierten Gehilfen reinen Gehilfen erhalten, dessen Höhe für 20 bis 22 M. betragen. Obgleich verheiratete Mitglieder fast gar nicht in Frage kommen und die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes verhältnismäßig recht gute sind, ist für viele Gehilfen der Wochenbeitrag von 50 Pf. zu hoch, weshalb der Verband eine zweite Beitragsklasse mit 30 Pf. einführt. Dadurch ist nun auch den schärfsten Einkommenlosen die Möglichkeit gegeben, sich organisieren zu können. — Werfen so alle Kräfte vereint für die Organisation, dann wird der Verband im dritten Jahrzehnt seiner Tätigkeit noch entsprechend für die Berufsgegenossen wirken können.

Für den Reichstags-Wahlfonds gingen ein: Von Arbeiterverein Könnern 5.— M.; auf Bitte Nr. 30 durch Bonn 12,25 M.

Beamtenschaft für Reichstags, Politische Lehrkräfte und Parteigenossen Paul Sennig, für Ausländer, Gewerkschaftliche Reichstags und Vermittlungs Karl Rod, für Reichstags Otto Reichert, für Provinzialen und Verammlungsberichte Walter Leopold, sämtlich in Halle.

**Leopold**

**FRISCHE ANANAS** Pfund 78 Pf.

**FRISCHE APRIKOSEN** Pfund 18 Pf.

**FRISCHE REINECLAUDEN** Pfund 18 Pf.

**FRISCHE ESSBIRNEN** Pfund 10 Pf.

**FRISCHE KOCHBIRNEN** Pfund 8 Pf.

**FRISCHE AEPFEL** Pfund 5 Pf.

**ZITRONEN** 4 Stück 10 Pf.

G. m. b. H.

Gr. Ulrichsstraße 60/61. Halle a. S. Barfüßerstraße 315.



Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld.

Der Kreisstag

wurde am Sonntag in Delitzsch abgehalten. Besucht war er von 86 Delegierten, dem Kreisratsvorsitzenden des Kreis...

Singeleiter wird die Tagung durch zwei Begrüßungslieder des Delitzscher Gesangsvereins...

Den Jahresbericht des Vorstands, der bereits im Volksblatt in der Nr. vom 8. August veröffentlicht worden ist, erhaltete der Genosse Burkhart.

Die Beschlüsse und Forderungen der Sozialdemokratie von Rautsch und Schönlank an die organisierten Parteigenossen.

Den Kassenbericht gab im Anschluß hieran der Genosse Ringer. Er konnte sich auf Erklärungen zu dem im Volksblatt abgedruckten Bericht beschränken.

Über den Lokalkampf in Holzweißig, der so große materielle und persönliche Opfer der Genossen, Geld- und Gefängnisstrafen gefordert hat, gibt der Genosse Rautsch eine ausführliche Darstellung.

Die hüllige Sonntagstrafe im Handelsgewerbe ist in Offenbach (Main) vom größten Teil der Geschäftsinhaber freimillich eingeführt.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Die Arbeitervereine sollten den gleichen Beschluß, vom Lohnsatzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Die Arbeitervereine sollten den gleichen Beschluß, vom Lohnsatzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Die Arbeitervereine sollten den gleichen Beschluß, vom Lohnsatzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können.

Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie von Rautsch und Schönlank an die organisierten Parteigenossen.

Der Zentralverband der Ortskrankenkassen des Deutschen Reichs hält gegenwärtig seine 16. Jahreshauptversammlung in Bremen ab.

Die hüllige Sonntagstrafe im Handelsgewerbe ist in Offenbach (Main) vom größten Teil der Geschäftsinhaber freimillich eingeführt.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Die Arbeitervereine sollten den gleichen Beschluß, vom Lohnsatzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Die Arbeitervereine sollten den gleichen Beschluß, vom Lohnsatzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Die Arbeitervereine sollten den gleichen Beschluß, vom Lohnsatzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Die Arbeitervereine sollten den gleichen Beschluß, vom Lohnsatzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Die Arbeitervereine sollten den gleichen Beschluß, vom Lohnsatzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Die Arbeitervereine sollten den gleichen Beschluß, vom Lohnsatzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können.

Sämtliche Besuche, die beschlossen haben, die Arbeit wieder aufzunehmen, taten es unter der Bedingung, daß die weiteren Einigungsverhandlungen für die Hauptbetriebligen und die durch die Ausperrung in Mitleidenschaft gezeigten Nebenbesuche annehmbare Resultate gestiftet.

In den Kreisen der Arbeiter hört man kein Wort von Kampfbereitschaft, möglicherweise die Unternehmer wieder über große Besuche führen und bebauern, daß sie sich dem Arbeitgeberverband mit Haut und Haaren verschrieben haben.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Die Arbeitervereine sollten den gleichen Beschluß, vom Lohnsatzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Die Arbeitervereine sollten den gleichen Beschluß, vom Lohnsatzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Die Arbeitervereine sollten den gleichen Beschluß, vom Lohnsatzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Die Arbeitervereine sollten den gleichen Beschluß, vom Lohnsatzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Die Arbeitervereine sollten den gleichen Beschluß, vom Lohnsatzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Die Arbeitervereine sollten den gleichen Beschluß, vom Lohnsatzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Soziales.

Der Zentralverband der Ortskrankenkassen.

Der Zentralverband der Ortskrankenkassen des Deutschen Reichs hält gegenwärtig seine 16. Jahreshauptversammlung in Bremen ab.

Die hüllige Sonntagstrafe im Handelsgewerbe.

Die hüllige Sonntagstrafe im Handelsgewerbe ist in Offenbach (Main) vom größten Teil der Geschäftsinhaber freimillich eingeführt.

Der Kampf im Baugewerbe in Hamburg.

Die beteiligten Gewerkschaften beschäftigten sich in den letzten Tagen mit den Verhandlungen vor dem Einigungsamt.

Halle und Saalkreis.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Die Arbeitervereine sollten den gleichen Beschluß, vom Lohnsatzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Die Arbeitervereine sollten den gleichen Beschluß, vom Lohnsatzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Wirkungen der Zabaftsteuer.

Die bekannte Zigarettenfabrik in Granleben (Sachh) hat infolge des neuen Zabaftsteuergesetzes 100 Heimarbeitern gekündigt.

Arbeiterentlassungen im Bergbau.

Die von der Arbeiterpresse in den letzten Monaten fortgesetzt gemeldeten Arbeiterentlassungen aus dem Bergbau sind nicht nur in der Unterbergwerke stets beschränkt.

Bürgerlicher Zeitungsühnwider.

Das Scherfblatt, Der Montag, weiß von einer grünen Geschichte zu berichten. Wäpischen Streifen und arbeitswilligen Schloßern in Berlin soll es in der Nacht vom Sonntag zu einer blutigen Schlägerei gekommen sein.

Die Vermutungen, daß es sich hierbei wieder einmal um Praktikanten eines bürgerlichen, logen-unparteiischen Blattes handele, antwortigen Arbeitern bei ihren berechtigten Klagenmäßen in den Händen zu fallen, haben sich vollst bekräftigt.

Halle und Saalkreis.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Die Arbeitervereine sollten den gleichen Beschluß, vom Lohnsatzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Die Arbeitervereine sollten den gleichen Beschluß, vom Lohnsatzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können.

Der Konflikt in der Weissenau-Wachdrucker, der bekanntlich entstanden war, weil das dafelbst beschäftigte Milipersonal - 22 Personen - keine Überstunden ohne tarifmässigen Lohnaufschlag leisten wollte.

Die unabherrschliche Halleische Polizei will ihrem Ruhmesdünne von Lorbeer und andern Blättern ein neues Blatt einfügen.

Die Arbeitervereine sollten den gleichen Beschluß, vom Lohnsatzverband der Betonbauunternehmer lag ein Schreiben vor, worin sich die Unternehmer mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklären und mitteilen, daß die Betonarbeiter die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können.





